

**Flurbereinigungsverfahren Ortsumgehung Bernburg
Salzlandkreis
Verfahrensnummer 611-17BB2046**

Öffentliche Bekanntmachung

Änderungsanordnung Nr. 1

1. Gemäß § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) i. d. F. vom 16.03.1976 (BGBl. I S. 546 ff.), zuletzt geändert durch Artikel 17 des Gesetzes vom 19. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2794), wird hiermit die Änderung des Flurbereinigungsgebietes im o.g. Flurbereinigungsverfahren angeordnet.

Zum Flurbereinigungsverfahren Ortsumgehung Bernburg werden folgende Flurstücke hinzugezogen:

Gemarkung	Flur	Flurstücke
Bernburg	54	1/1, 1/2, 2/1, 2/2, 3/1, 3/2, 4/1, 4/2, 5/1, 5/2, 6/1, 6/2, 7/1, 7/2, 8/1, 8/2, 8/3, 9/1, 9/2, 9/3, 10/1, 10/2, 10/3, 11/1, 11/2, 11/3, 12/1, 12/2, 12/3, 13/1, 13/2, 13/3, 14/4, 14/5, 14/6, 14/7, 14/8, 14/9, 16/1, 16/2, 16/3, 17/1, 17/2, 17/3, 18/1, 18/2, 18/3, 19/1, 19/2, 19/3, 20/1, 20/2, 20/3, 21/1, 21/2, 21/3, 22/1, 22/2, 22/3, 23/1, 23/2, 23/3, 24/1, 24/2, 24/3, 25/1, 25/2, 25/3, 26/2, 26/3, 26/4, 27/1, 27/2, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 61/1, 62, 63, 64, 65, 66, 69, 88, 89/1, 89/2, 89/3, 89/4, 90/1, 90/2, 91, 92, 1004, 1005
Bernburg	58	1/3, 1/5, 1/6, 3/1, 3/2, 3/3, 3/4, 1000, 1001
Bernburg	59	1/5, 1/7, 1/8, 1/9, 1/10, 1/11, 2/1, 2/2, 2/4, 3, 5/4, 5/5, 1000, 1001, 1002, 1003, 1004
Bernburg	74	36/1, 52/1, 52/4, 52/5, 52/6, 52/7, 54/3, 170/1, 1005, 1011, 1012
Bernburg	79	1/1, 1/2, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29/1, 29/2, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38/1, 38/2, 39/1, 39/2, 39/3, 40/1, 40/2, 40/3, 41, 82, 83, 84, 85/1, 85/2, 86/1, 86/2, 86/3, 132, 133/1, 133/2
Bernburg	80	16, 19, 20/1, 20/3, 21/1, 21/2, 21/3, 22, 26, 27, 104/1
Nienburg	2	108
Nienburg	21	30

Die Fläche der hinzugezogenen Flurstücke beträgt rd. 50 ha.
Das Flurbereinigungsgebiet umfasst nunmehr eine Fläche von rd. 846 ha

Die Änderung der Grenzen des Flurbereinigungsgebietes ist auf der zu dieser Änderungsanordnung gehörenden Gebietskarte dargestellt.

2. Der Zweck des Verfahrens wird auf die Ziele der §§1 und 37 des Flurbereinigungs-gesetzes(Regelflurbereinigung) erweitert.

Begründung

Zu 1.

Gemäß § 8 Abs 1 FlurbG kann die Flurbereinigungsbehörde geringfügige Änderungen eines Verfahrensgebietes selbst anordnen, auch wenn der Einleitungsbeschluss von der oberen Flurbereinigungsbehörde erlassen worden ist.

Durch die Erweiterung des Verfahrensgebietes um den in der beigefügten Gebietskarte kenntlich gemachten Bereich ist es möglich, die durch das Unternehmen verursachten Nachteile durchgängig wesentlich zu verringern.

Obwohl die neue Trassierung im wesentlichen auf der sogenannten Nordspange verläuft, sind durch die Verbreiterung der Straße und Umsetzung von A/E- Maßnahmen sowohl ländliche Grundstücke als auch Gehölzflächen vom Unternehmen betroffen.

Das Unternehmen zerschneidet auch hier zusammenhängende Besitzstücke erheblich, unterbricht das vorhandene Wegenetz und führt dadurch zu Nachteilen für die allgemeine Landeskultur.

Der bisher durch den Unternehmensträger vorgesehene freihändige Erwerb der benötigten Grundflächen ist hier aufgrund der verhältnismäßig kleinstrukturierten Flächen nicht das geeignete Mittel, diese Nachteile zu beseitigen.

Um den entstehenden Landverlust und die allgemeinen Nachteile für die Landeskultur umfassend und nachhaltig zu beheben, ist die Zuziehung der angeführten Flurstücke erforderlich und geboten, um insgesamt die Ziele des § 87 FlurbG im gesamten Verfahrensgebiet zu erreichen.

Zu 2.

Das Flurbereinigungsverfahren wurde bisher nur als Unternehmensflurbereinigung durchgeführt.

Die Teilnehmergeinschaft plant selbst, Maßnahmen zur Verbesserung der Produktions - und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft durchzuführen.

Dieser Zweck kann nur in einer Regelflurbereinigung nach §1 und § 37 FlurbG erreicht werden. Die bisherige Unternehmensflurbereinigung ist daher um die neue Zielstellung zu erweitern.

Hinweis

Die Eigentümer der neu zum Verfahren hinzugezogenen Flurstücke werden Mitglieder der Körperschaft des öffentlichen Rechts“ Teilnehmergeinschaft der Flurbereinigung Ortsumgehung Bernburg“, vertreten durch den Vorstand der Teilnehmergeinschaft.

Alle bisher ergangenen Anordnungen, Verhandlungen oder sonstigen Maßnahmen behalten ihre Gültigkeit.

Aufforderung zur Anmeldung von Rechten

Inhaber von Rechten, die nicht aus dem Grundbuch ersichtlich, aber zur Beteiligung am Bodenordnungsverfahren berechtigt sind, werden aufgefordert, für die unter 1. genannten Flurstücke ihre Rechte innerhalb von drei Monaten - gerechnet vom ersten Tag der Bekanntmachung dieser Anordnung – beim Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt anzumelden.

Diese Rechte sind auf Verlangen des Amtes innerhalb einer von diesem zu setzenden weiteren Frist nachzuweisen. Nach fruchtlosem Ablauf der Frist ist der Anmeldende nicht mehr zu beteiligen.

Der Inhaber eines solchen Rechtes muss die Wirkung eines vor den Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie der Beteiligte, dem gegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

Werden Rechte erst nach Ablauf der vorbezeichneten Frist angemeldet oder nachgewiesen, so kann das Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen.

Eigentumsbeschränkungen

Von der Bekanntgabe der Änderungsanordnung Nr. 1 bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes gelten gem. § 34 Abs. 1 FlurbG folgenden Einschränkungen des Eigentums:

1. In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören.
2. Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedungen, Hangterrassen u. ä. Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden.
3. Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden. Andere gesetzliche Vorschriften über die Beseitigung von Reb- und Hopfenstöcken bleiben unberührt.

Sind entgegen den Vorschriften zu 1. und 2. Änderungen vorgenommen oder Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so kann dieses im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gem. § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dieses der Flurbereinigung dienlich ist (§ 34 Abs. 2 FlurbG).

Sind Eingriffe entgegen der Vorschrift zu 3. vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen anordnen (§ 34 Abs. 3 FlurbG).

Von der Bekanntgabe des Flurbereinigungsbeschlusses bis zur Ausführungsanordnung bedürfen Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde im Einvernehmen mit der Forstaufsichtsbehörde (§ 85 Ziff. 5 FlurbG).

Sind Holzeinschläge vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat (§ 85 Ziff. 6 FlurbG).

Gemäß § 35 FlurbG sind die Beauftragten der Flurbereinigungsbehörde berechtigt, zur Vorbereitung und zur Durchführung der Flurbereinigung Grundstücke zu betreten und die nach ihrem Ermessen erforderlichen Arbeiten auf ihnen vorzunehmen.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen die Änderungsanordnung Nr. 1 kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch beim Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt in Dessau-Roßlau erhoben werden.

Im Auftrag

DS

Brockmann

Die vorstehende Änderungsanordnung Nr. 1 mit der Gebietskarte liegt

- in der VWG Bernburg, Schlossgartenstraße 16, 06406 Bernburg
- in der VWG Nienburg, Marktplatz 1, 06426 Nienburg
- in der VWG Saale-Wipper, Platz der Freundschaft 1, 39439 Güsten
- im Amt für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten Anhalt, Kavaliierstraße 31, 06844 Dessau

zwei Wochen lang nach seiner Bekanntmachung zur Einsichtnahme für die Beteiligten während der Dienststunden aus.

Im Auftrag

Friedrich